

Stellungnahme zum Vorhaben der dänischen Energiebehörde

im Bereich der Nordsee westlich von 6° 15` Ost neue Erdöl- und Erdgaskonzessionen zu vergeben sowie fast ausgeförderte Erdgas- und Erdöllagerstätten Unternehmen für CO₂-Speicherzwecke anzubieten

Strategische Umweltprüfung mit grenzüberschreitender Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Insel- und Halligkonferenz begrüßt die Möglichkeit zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein im Rahmen einer grenzüberschreitenden Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung und bringt ihre Einwendungen gegen das geplante Vorhaben vor.

- Das Vorhaben der dänischen Energiebehörde ist nach unserer Auffassung weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Nicht nur wegen der unabsehbaren Umweltfolgen, sondern auch wegen des immensen Investitions- und Energiebedarfs.
- In Kapitel 1.1 wird betont, dass keine neuen Arten von Aktivitäten begonnen werden. Jedoch finden gegenwärtig keine Injektionen zur Verbesserung der Ölgewinnung statt, wie in Kapitel 3.1 bemerkt wird. Die Insel- und Halligkonferenz hat generell Bedenken an der Speichertechnik sowie an der Einleitung von CO₂, um die Förderung von Kohlenwasserstoffen zu stimulieren. Die Risiken dieser Technik sind noch nicht ausreichend erforscht. Die Einlagerung bzw. der Einsatz von CO₂ birgt bisher unbekannte Risiken.
- Durch die Injektion von CO₂ erfolgt gleichzeitig eine Deponierung dieses CO₂. Dies entspricht einer regulären Verpressung von CO₂, was mit Bedenken gesehen wird.
- Die Insel- und Halligkonferenz vermisst in dem umfangreichen Umweltbericht die Beurteilung der Auswirkungen durch die Injektion von CO₂ zur Stimulierung der Förderung von Kohlenwasserstoffen. In Kapitel 3.3 wird festgestellt, dass Gefahren durch die großskalige CO₂-Freisetzung eher im Bereich der Sicherheit (d.h. Gefahr für das Menschenleben) als in Bezug auf die Umwelt gesehen werden. Jedoch werden in den folgenden Punkten (Kapitel 3.4 bis 3.5), die möglichen Umweltauswirkungen einer CO₂-Injektion nicht untersucht. Hier muss nachgebessert werden.
- Bei der Betrachtung von Umweltauswirkungen werden nur Flora und Fauna betrachtet, vorrangig mit dem Schwerpunkt Lärm. Auswirkungen auf geologische Veränderungen wie u.a. Infiltration in das Grundwasser werden nicht untersucht. Hier besteht Nachholbedarf, ergänzt um die Betrachtung bislang unbekannter Gefahren.
- Die Bewertung der wesentlichen Umweltauswirkungen (Kapitel 6) wird u.a. auf die Erfahrungen der letzten 50 Jahre verwiesen. Jedoch liegen keine Untersuchungen oder Erfahrungen zur Injektion oder Deponierung von CO₂ vor. Die Erfahrungen sind als Bewertungsgrundlage unzureichend.



- Sollte es dennoch zu einer Einlagerung von CO₂ in der Nordsee vor Dänemark kommen, erwartet die Insel- und Halligkonferenz, dass die dänische Regierung sicherstellt, dass Auswirkungen auf die Umwelt sowie die schleswig-holsteinische Bevölkerung ausgeschlossen sind.
- Die Insel- und Halligkonferenz hat sich bereits in der Vergangenheit für ein Verbot der CO₂-Speicherung eingesetzt, um eine direkte oder indirekte Gefährdung des sensiblen Ökosystems im UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer und Biosphärengebiet, des Grundwassers sowie der dort lebenden Menschen und erholungssuchenden Gäste auszuschließen.
- Im Schleswig-Holsteinischen Landtag liegen mehrere einstimmige Beschlüsse gegen die CO₂-Speicherung in der Nordsee vor. Die Insel- und Halligkonferenz unterstützt diese Beschlüsse.

Als Interessengemeinschaft aller nordfriesischen Insel- und Halliggemeinden einschließlich der Hochseeinsel Helgoland lehnen wir die Entsorgung von CO₂ im Weltnaturerbe Wattenmeer und der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) ab.

Midlum auf Föhr
30.08.2012

